

Öffentliche Sitzung

gemeinsamen Sitzung des Gemeinderates Schwäbisch Gmünd und des Gemeinderates
Mutlangen

am Mittwoch, den 29.06.2022

im Peter-Parler-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:10 Uhr

Ende: 18:12 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzende

Frau Bürgermeisterin Stephanie Eßwein

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Gremienmitglieder Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Herr Stadtrat Benedikt Disam

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

Herr Ortsvorsteher Bernhard Feifel

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Alexander Hamler

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Nadine Molinari
Herr Stadtrat Christof Preiß
Frau Stadträtin Karin Rauscher
Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder
Frau Stadträtin Elena Risel
Frau Stadträtin Cynthia Schneider
Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab
Herr Stadtrat David Sopp
Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl
Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert
Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer
Frau Stadträtin Gertraude von Streit
Frau Stadträtin Brigitte Weiß
Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker
Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Gremienmitglieder Mutlangen

Herr Gemeinderat Alexander Dauser
Herr Gemeinderat Felix Fauser
Frau Gemeinderätin Rosemarie Gaiser
Herr Gemeinderat Elias Hinderberger
Frau Gemeinderätin Melanie Kaim
Frau Gemeinderätin Brigitta Kleinschmidt
Frau Gemeinderätin Inge März
Frau Gemeinderätin Bettina Mayer
Herr Gemeinderat Dr. Jens Mayer
Frau Gemeinderätin Monika Offenloch
Herr Gemeinderat Harald Pfitzer
Herr Gemeinderat Benedikt Podhorny
Herr Gemeinderat Ulrich Schuler
Herr Gemeinderat Martin Schurr
Herr Gemeinderat Klaus Vogel
Herr Gemeinderat Sebastian Weiler
Herr Gemeinderat Matthias Wieland
Frau Gemeinderätin Julia Windschüttl

Verwaltung

Herr René Bantel
Frau Melanie Bihlmaier
Herr Alexander Groll
Herr Gerhard Hackner
Herr Markus Herrmann
Herr Helmut Ott
Herr Friedrich Lange (Mutlangen)
Herr Wolfgang Siedle (Mutlangen)

Abwesend:

Gremienmitglied

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Frau Stadträtin Daniela Dinser
Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger
Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld
Herr Stadtrat Paul Schneider
Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit
Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Tagesordnung

=====

- 1** Zukunftskonzeption Kliniken - gemeinsamer Standpunkt

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Zukunftskonzeption Kliniken - gemeinsamer Standpunkt **Vorlage: 118/2022**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erläutert den Status quo und die Herausforderungen der Kliniken im Ostalbkreis (siehe Anlage).

Bürgermeisterin Eßwein erläutert die Situation des Stauferklinikums (siehe Anlage).

Stadtrat Baumhauer/CDU schließt sich den Ausführungen von Bürgermeisterin Eßwein an. Man müsse Ziele definieren wie optimale Behandlungen der Patienten, was das Stauferklinikum bereits in hohem Maße leiste. Diese könne nur durch gutes Personal geleistet werden, was wiederum gute Arbeitsbedingungen erfordere. Daher spreche sich die Fraktion für den Erhalt des Klinikums aus.

Stadtrat Baum/CDU äußert, dass die gemeinsame Erklärung ein guter Impuls sei, sich für die Entscheidung mehr Zeit zu nehmen. Wichtig sei, dass man Doppel- und Dreifachstrukturen abschaffe. Außerdem führt er aus, dass der Betrieb einer Klinik immer Geld koste. Die Kliniken würden unter anderem über die Kreisumlage finanziert, daher sei man auch als Stadt betroffen. Man solle auch darüber nachdenken, ein höheres Defizit und damit eine höhere Kreisumlage in Kauf zu nehmen. Wichtig sei aber, die bereits beschlossenen Reformen umzusetzen. Außerdem müsse man auch die Auswirkungen auf den Klimaschutz, beispielweise durch längere Wegezeiten, aber auch durch die zusätzliche Flächenversiegelung berücksichtigen. Hier seien noch nicht ausreichend Informationen vorhanden.

Stadträtin Heusel/SPD weist ebenfalls auf die beschlossenen, aber nicht umgesetzten Entscheidungen des Kreistags hin. Diese müsse man schnellstmöglich umsetzen. Das Stauferklinikum müsse zwingend erhalten bleiben, sie spricht sich daher ebenfalls für eine Spezialisierung aus. Wichtig sei, dass die Kliniken in öffentlicher Trägerschaft bleiben würden. Außerdem dankt sie den Mitarbeitern in den Kliniken für die geleistete Arbeit.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE macht die Parteien der CDU, SPD, FDP und Grünen auf Bundes- und Landesebene für die derzeitige Situation der Kliniken verantwortlich. Er weist darauf hin, dass Deutschland im internationalen Vergleich beim Personalschlüssel sehr schlecht dastehe. Auch die Einführung der Fallpauschalen kritisiert er. Er weist außerdem darauf hin, dass Verdi schon seit längerem bemängelt, dass es in Baden-Württemberg keine Planungen zu einer optimalen Krankenhausversorgung gebe. Entscheidungen würden daher rein aus ökonomischen Gesichtspunkten getroffen, dies sei auch hier der Fall. Der straffe Zeitplan sei nicht einzuhalten. Fraglich sei

auch, ob die Fallpauschalen, die in anderen Ländern längst als Auslaufmodell gelten, bis zur Eröffnung des Zentralklinikums in zehn bis fünfzehn Jahren überhaupt noch Bestand hätten. Die Argumente des Klinikvorstands zur Verbesserung der Personalsituation bei einem Zentralklinikum seien nicht nachvollziehbar. Wichtig sei in jedem Fall, dass die Kliniken in öffentlicher Trägerschaft bleiben würden. Die Fraktion stehe vollumfänglich hinter dem Eckpunktepapier, man spreche sich daher für eine Spezialisierung und gegen ein Zentralklinikum aus.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen findet vor allem die Erreichbarkeit sehr wichtig. Man dürfe das Argument der Bevölkerungszahlen nicht ausblenden, dies sei ein sachliches Argument. Im Westen des Ostalbkreises sei die Bevölkerungsdichte höher, daher müsse man das Stauferklinikum erhalten und eine Spezialisierung vornehmen. Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste spricht sich für den Erhalt des Stauferklinikums aus, dies sei der einzig richtige Weg. Die Argumente, dass sich hinsichtlich der Personalsituation Verbesserungen ergeben würden, seien für ihn nicht nachvollziehbar. Er sehe hier stattdessen die Gefahr der Personalabwanderung, niemand beginne in einem Klinikum, wo man wisse, dass man in einigen Jahren umziehen werde. Das Stauferklinikum habe sich bereits einen guten Ruf erarbeitet, ein neuer Standort müsse von vorne beginnen.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW schließt sich den Ausführungen der Vorredner an. Wichtig sei, dass es keine Verlierer gebe.

Gemeinderätin Kaim/UWL äußert, dass Emotionen bei diesem Thema nicht ausgeblendet werden könnten, da es um die Gesundheit und das Leben gehe.

Gemeinderätin Gaiser/SPD schließt sich diesen Argumenten an. Man solle sich daher mit der Entscheidung Zeit lassen.

Gemeinderat Pfitzer findet es wichtig, dass das Thema in der Öffentlichkeit diskutiert werde. Er bemängelt jedoch, dass dies erst so spät erfolgt sei. Er spricht sich für eine Spezialisierung und den Erhalt aller drei Klinikstandorte aus, dafür müsse man gemeinsam kämpfen.

Gemeinderat Dr. Mayer/CDU äußert, dass man sich bewusstmachen müsse, dass die Medizin derzeit einem Wandel unterliege. Man müsse die stationäre Versorgung durch Spezialisierungen sicherstellen und gleichzeitig die ambulanten Angebote ausbauen. Dieser Prozess müsse begleitet werden. Man dürfe die Anwesenheit eines Klinikums nicht mit der Anwesenheit einer medizinischen Versorgung gleichsetzen. Außerdem müsse ein Zentralklinikum nicht physisch gebaut werden, es könne auch virtuell entstehen. Er spricht sich für die gemeinsame Erklärung aus, diese sei eine gute Grundlage für die weitere Diskussion.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass es eine Spezialisierung brauche. Das Stauferklinikum sei ein hochwertiges Kompetenzzentrum, die Stärken müssten daher gestärkt und vernetzt werden.

Bürgermeister Kühnl/Ruppertshofen spricht im Namen der Bürgermeister des Gmünder Raums, die die Erklärung alle unterstützen würden.

Abstimmungsergebnis und Beschluss:

Einstimmig stimmen die Mitglieder der gemeinsamen Erklärung zu.

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: